der Europäischen Gemeinschaften

11. Jahrgang Nr. L 127

7. Juni 1968

Ausgabe in deutscher Sprache

Rechtsvorschriften

Inhalt

I

Verordnung (EWG) Nr. 693/68 der Kommission vom 6. Juni 1968 zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grob- und Feingriß von Weizen oder Roggen anwendbaren Abschöpfungen	1
Verordnung (EWG) Nr. 694/68 der Kommission vom 6. Juni 1968 über die Festsetzung der Prämien, die den Abschöpfungen für Getreide und Malz hinzugefügt werden	2
Verordnung (EWG) Nr. 695/68 der Kommission vom 6. Juni 1968 zur Festsetzung der bei der Erstattung für Getreide anzuwendenden Berichtigung	4
Verordnung (EWG) Nr. 696/68 der Kommission vom 6. Juni 1968 zur Festsetzung der für Getreide, gewisse Kategorien von Mehl, Grob- und Feingriß von Weizen oder Roggen anzuwendenden Erstattungen	6
Verordnung (EWG) Nr. 697/68 der Kommission vom 6. Juni 1968 zur Festsetzung der Abschöpfungen für Reis und Bruchreis	9
Verordnung (EWG) Nr. 698/68 der Kommission vom 6. Juni 1968 zur Festsetzung der Erstattungen bei der Ausfuhr für Reis und Bruchreis	11
Verordnung (EWG) Nr. 699/68 der Kommission vom 6. Juni 1968 zur Ergänzung, hinsichtlich Österreichs, der Verordnung Nr. 887/67/EWG zur Aufstellung einer Liste derjenigen Stellen, die Bescheinigungen ausstellen dürfen, durch die bestimmte Milcherzeugnisse mit Herkunft aus dritten Ländern zu bestimmten Tarifnummern zugelassen werden	13

II

Kommission

68/237/EWG :

Entscheidung der Kommission vom 28. Mai 1968 zur Festsetzung der Höchstbeträge der Erstattung für bestimmte Milcherzeugnisse, die in Form von nicht unter Anhang II des Vertrages fallenden Waren nach dritten Ländern ausgeführt werden	15
--	----

I

(Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

VERORDNUNG (EWG) Nr. 693/68 DER KOMMISSION

vom 6. Juni 1968

zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grob- und Feingriß von Weizen oder Roggen anwendbaren Abschöpfungen

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung Nr. 120/67/EWG des Rates vom 13. Juni 1967 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 13 Absatz 5,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die bei der Einfuhr von Getreide, Mehlen von Weizen und Roggen, Grob- und Feingriß von Weizen zu erhebenden Abschöpfungen wurden mit der Verordnung Nr. 246/67/EWG⁽²⁾ und den später zu ihrer Änderung erlassenen Verordnungen festgesetzt.

In Anbetracht der Angebotspreise und der heutigen Notierungen, von denen die Kommission Kenntnis

erhalten hat, müssen die gegenwärtig gültigen Abschöpfungen gemäß der Tabelle im Anhang zu dieser Verordnung geändert werden —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die bei der Einfuhr der in Artikel 1 Buchstaben a), b) und c) der Verordnung Nr. 120/67/EWG genannten Erzeugnisse zu erhebenden Abschöpfungen werden in der Tabelle im Anhang festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 7. Juni 1968 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 6. Juni 1968

Für die Kommission

Der Vizepräsident

L. LEVI SANDRI

⁽¹⁾ ABl. Nr. 117 vom 19. 6. 1967, S. 2269/67.

⁽²⁾ ABl. Nr. 138 vom 1. 7. 1967, S. 5.

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 6. Juni 1968 zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grob- und Feingriß von Weizen oder Roggen anwendbaren Abschöpfungen

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung	Rechnungseinheiten pro metrische Tonne
ex 10.01	Weichweizen und Mengkorn	61,38
ex 10.01	Hartweizen	57,33
10.02	Roggen	45,78
10.03	Gerste	40,00
10.04	Hafer	30,41
10.05 A	Hybridmais zur Aussaat	41,98 ⁽¹⁾
10.05 B	Anderer Mais	41,98
10.07 A	Buchweizen	0
ex 10.07 B	Hirse aller Art, ausgenommen Sorghum und Dari (Millet)	36,55
ex 10.07 B	Sorghum und Dari	38,44
ex 10.07 B	Anderer	0
11.01 A	Mehl von Weizen oder Spelz	78,45
11.01 B	Mehl von Mengkorn	78,45
ex 11.01 C	Mehl von Roggen	76,10
ex 11.02 A I	Grobgriß und Feingriß von Hartweizen	99,26
ex 11.02 A I	Grobgriß und Feingriß von Weichweizen	83,67

⁽¹⁾ Höchstens 4 v. H. des Zollwerts.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 694/68 DER KOMMISSION

vom 6. Juni 1968

über die Festsetzung der Prämien, die den Abschöpfungen für Getreide und Malz hinzugefügt werden

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung Nr. 120/67/EWG des Rates vom 13. Juni 1967 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide ⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 15 Absatz 5,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die Prämien, die den Abschöpfungen für Getreide und Malz hinzugefügt werden, sind durch die Ver-

ordnung Nr. 247/67/EWG ⁽²⁾ und die späteren Verordnungen, durch die sie abgeändert wurde, festgesetzt worden.

Auf Grund der heutigen cif-Preise und der heutigen cif-Preise für Terminkäufe werden die zur Zeit geltenden Prämien, die den Abschöpfungen hinzugefügt werden, entsprechend der dieser Verordnung beigefügten Tabelle abgeändert —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die Prämiensätze, die den nach Artikel 15 der Verordnung Nr. 120/67/EWG im voraus festgesetzten

⁽¹⁾ ABl. Nr. 117 vom 19. 6. 1967, S. 2269/67.

⁽²⁾ ABl. Nr. 138 vom 1. 7. 1967, S. 8.

Abschöpfungen für Einfuhren von Getreide und Malz hinzuzufügen sind, werden entsprechend der dieser Verordnung beigefügten Tabelle festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 7. Juni 1968 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 6. Juni 1968

Für die Kommission
Der Vizepräsident
L. LEVI SANDRI

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 6. Juni 1968 über die Festsetzung der Prämien, die den Abschöpfungen für Getreide und Malz hinzugefügt werden

(RE / metr. t)

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung	laufender Monat 6	1. Term. 7	2. Term. 8	3. Term. 9
ex 10.01	Weichweizen und Mengkorn	0	0,40	0,40	0
ex 10.01	Hartweizen	0	0	0	0
10.02	Roggen	0	0,25	0,25	0,15
10.03	Gerste	0	0	0	2,45
10.04	Hafer	0	0,45	0,45	3,45
10.05 A	Hybridmais zur Aussaat	0	0	0	0
10.05 B	Anderer Mais	0	0	0	0
10.07 A	Buchweizen	0	0	0	0
ex 10.07 B	Hirse aller Art, ausgenommen Sorghum und Dari (Millet)	0	0	0	0
ex 10.07 B	Sorghum und Dari	0	1,70	1,70	1,55
ex 10.07 B	Andere	0	0	0	0

(RE / 100 kg)

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung	laufender Monat 6	1. Term. 7	2. Term. 8	3. Term. 9	4. Term. 10
ex 11.07 A I (a)	Malz, ungeröstet, aus Weizen, in Form von Mehl	0	0,071	0,071	0	0
ex 11.07 A I (b)	Malz, ungeröstet, aus Weizen, anderes	0	0,053	0,053	0	0
ex 11.07 A II (a)	Malz, ungeröstet, aus Gerste, in Form von Mehl	0	0	0	0,436	0,436
ex 11.07 A II (b)	Malz, ungeröstet, aus Gerste, anderes	0	0	0	0,326	0,326
ex 11.07 A III (a)	Malz, ungeröstet, anderes, in Form von Mehl	0	0	0	0,436	0,436
ex 11.07 A III (b)	Malz, ungeröstet, anderes, anderes	0	0	0	0,326	0,326
ex 11.07 B I	Malz, geröstet, aus Weizen	0	0,062	0,062	0	0
ex 11.07 B II	Malz, geröstet, aus Gerste	0	0	0	0,380	0,380
ex 11.07 B III	Malz, geröstet, anderes	0	0	0	0,380	0,380

VERORDNUNG (EWG) Nr. 695/68 DER KOMMISSION

vom 6. Juni 1968

zur Festsetzung der bei der Erstattung für Getreide anzuwendenden
BerichtigungDIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Euro-
päischen Wirtschaftsgemeinschaft,gestützt auf die Verordnung Nr. 120/67/EWG des
Rates vom 13. Juni 1967 über die gemeinsame
Marktorganisation für Getreide⁽¹⁾, insbesondere auf
Artikel 16 Absatz 2 vierter Unterabsatz erster Satz,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Auf Grund von Artikel 16 Absatz 4 der Verordnung
Nr. 120/67/EWG wird bei der Ausfuhr von Getreide
auf Grund eines bei Beantragung der Ausfuhrlizenz
zu stellenden Antrags der Erstattungsbetrag, der vom
Tag der Vorlage des Antrags auf Erteilung einer Aus-
fuhrlizenz gilt und nach Maßgabe des im Monat der
Ausfuhr gültigen Schwellenpreises zu berichtigen
ist, auf ein Ausfuhrgeschäft angewandt, das wäh-
rend der Gültigkeitsdauer dieser Ausfuhrlizenz durch-
geführt werden soll. In diesem Fall wird der Erstat-
tungsbetrag berichtigt.

In der Verordnung Nr. 633/67/EWG⁽²⁾, geändert
durch die Verordnung (EWG) Nr. 427/68⁽³⁾, sind die
Durchführungsbestimmungen für die Vorausfestset-
zung der Erstattung bei der Ausfuhr von Getreide
festgelegt worden.

Auf Grund dieser Verordnung ist bei der Voraus-
festsetzung der Ausfuhrerstattung die am Tag der
Vorlage des Antrags auf Erteilung der Ausfuhrlizenz
gültige Ausfuhrerstattung, vermindert um einen Be-
trag, der höchstens dem Unterschied zwischen dem
cif-Preis für Terminkäufe und dem cif-Preis ent-
spricht, gültig, wenn ersterer um mehr als eine
Rechnungseinheit je Tonne über letzterem liegt. Die
Ausfuhrerstattung ist dagegen um einen Betrag zu
erhöhen, der höchstens dem Unterschied zwischen
dem cif-Preis und dem cif-Preis für Terminkäufe ent-
spricht, wenn ersterer um mehr als eine Rechnungs-
einheit je Tonne über letzterem liegt. Bei den vor
dem 1. Juli 1968 eingereichten Anträgen auf Vor-
ausfestsetzung für ab diesem Zeitpunkt durchzu-
führende Ausfuhr von Weichweizen kann jedoch
der Erstattungsbetrag, der sich aus der vorgenann-
ten Berechnung ergibt, um einen zusätzlichen Betrag

verringert werden, durch den der voraussichtlichen
Marktentwicklung Rechnung getragen wird; der
Mechanismus der „Mindestpreise“, der von den in
den Erwägungsgründen der Verordnung (EWG) Nr.
427/68 erwähnten internationalen Abkommen vor-
gesehen ist, wird eine Entwicklung der internatio-
nalen Märkte im Verhältnis zu denjenigen der Ge-
meinschaft nach sich ziehen, die je nach den vor-
gesehenen Bestimmungen verschieden ist.

Der cif-Preis ist der nach Artikel 13 der Verord-
nung Nr. 120/67/EWG ermittelte cif-Preis. Als cif-
Preis für Terminkäufe gilt der gemäß Artikel 3
Absatz 2 der Verordnung Nr. 140/67/EWG⁽⁴⁾ fest-
gesetzte Preis, wobei für jeden Monat der Gültig-
keitsdauer der Ausfuhrlizenz der an Hand der An-
gebote für Verladungen während des Monats der
Ausfuhr berechnete cif-Preis zugrunde gelegt wird.

Ist die Ausfuhrlizenz vom Tag der Erteilung an bis
zum Ablauf des fünften auf den Monat der Ertei-
lung folgenden Monats gültig, so entspricht der
Betrag der im voraus festgesetzten Erstattung für
eine Ausfuhr von Weichweizen und Gerste, die wäh-
rend der beiden letzten Monate der Gültigkeitsdauer
der Ausfuhrlizenz getätigt wird, für die einzelnen
Erzeugnisse dem Erstattungsbetrag, der auf ein Aus-
fuhrgeschäft anwendbar ist, das während des dritten
auf den Monat der Lizenzerteilung folgenden Mo-
nats durchgeführt wird.

Aus allen vorgenannten Bestimmungen ergibt sich,
daß der Betrag der Berichtigung, der ab 7. Juni
1968 anzuwenden ist, so festgesetzt werden muß, wie
er in der dieser Verordnung angefügten Tabelle auf-
geführt ist. Dieser so festgesetzte Betrag wird vor
seiner nächsten Festsetzung gegebenenfalls durch die
Kommission angepaßt werden, wenn sich bei An-
wendung des oben beschriebenen Berechnungsver-
fahrens eine Änderung des Erstattungsbetrags um
mehr als 0,125 Rechnungseinheiten ergeben sollte.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen
entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsaus-
schusses für Getreide —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Der in Artikel 16 Absatz 4 der Verordnung Nr. 120/
67/EWG genannte Betrag, um den die im voraus

⁽¹⁾ ABL. Nr. 117 vom 19. 6. 1967, S. 2269/67.⁽²⁾ ABL. Nr. 233 vom 28. 9. 1967, S. 9.⁽³⁾ ABL. Nr. L 88 vom 9. 4. 1968, S. 12.⁽⁴⁾ ABL. Nr. 125 vom 26. 6. 1967, S. 2456/67.

festgesetzten Erstattungsbeträge für die Ausfuhr von Getreide zu berichtigen sind, wird in der dieser Verordnung beigefügten Tabelle festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 7. Juni 1968 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 6. Juni 1968

Für die Kommission

Der Vizepräsident

L. LEVI SANDRI

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 6. Juni 1968 zur Festsetzung der bei der Erstattung für Getreide anzuwendenden Berichtigung

(RE / metr. t)

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung	laufender Monat 6	1. Term. 7	2. Term. 8	3. Term. 9
ex 10.01	Weichweizen und Mengkorn : — für Ausfuhren nach :				
	— den Zonen IV c), V b), V c), Israel und dem Vereinigten Königreich	0	0	0	0
	— der Schweiz, Österreich und Liechtenstein	0	— 5,00	— 5,00	— 5,00
	— Portugal, Bulgarien und Algerien	0	— 1,00	— 1,00	— 1,00
	— der Vereinigten Arabischen Republik	0	— 0,50	— 0,50	— 0,50
	— anderen Drittländern	0	— 2,50	— 2,50	— 2,50
ex 10.01	Hartweizen	0	0	0	0
10.02	Roggen	0	0	0	0
10.03	Gerste	0	0	+ 2,45	+ 2,45
10.04	Hafer	0	0	+ 3,45	+ 5,05
10.05 B	Anderer Mais	0	0	0	0
ex 10.07 B	Hirse aller Art, ausgenommen Sorghum und Dari (Millet)	0	0	0	0
ex 10.07 B	Sorghum und Dari	0	+ 1,70	+ 1,55	0

VERORDNUNG (EWG) Nr. 696/68 DER KOMMISSION

vom 6. Juni 1968

zur Festsetzung der für Getreide, gewisse Kategorien von Mehl, Grob- und Feingrieß von Weizen oder Roggen anzuwendenden Erstattungen

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung Nr. 120/67/EWG des Rates vom 13. Juni 1967 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide⁽¹⁾ und insbesondere auf Artikel 16 Absatz 2 vierter Unterabsatz erster Satz,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Artikel 16 der Verordnung Nr. 120/67/EWG bestimmt, daß der Unterschied zwischen den Notierungen oder den Preisen auf dem Weltmarkt für die in Artikel 1 dieser Verordnung genannten Erzeugnisse und den Preisen für diese Erzeugnisse in der Gemeinschaft durch die Erstattung bei der Ausfuhr ausgeglichen werden kann.

Gemäß Artikel 2 der Verordnung Nr. 139/67/EWG des Rates vom 21. Juni 1967 über die Grundregeln für die Gewährung von Erstattungen bei der Ausfuhr von Getreide und über die Kriterien für die Festsetzung des Erstattungsbetrags⁽²⁾ müssen die Erstattungen festgesetzt werden unter Berücksichtigung der Lage und der voraussichtlichen Entwicklung der Verfügbarkeit des Getreides und seines Preises in der Gemeinschaft einerseits und der Preise für Getreide und Getreideerzeugnisse auf dem Weltmarkt andererseits. Nach dem gleichen Text ist es ebenfalls wichtig, auf den Getreidemärkten eine ausgeglichene Lage und eine natürliche Entwicklung hinsichtlich der Preise und der Handelsströme sicherzustellen ; ferner ist es wichtig, dem wirtschaftlichen Gesichtspunkt der künftigen Ausfuhren sowie dem Interesse an der Vermeidung von Marktstörungen in der Gemeinschaft Rechnung zu tragen.

Die Verordnung Nr. 139/67/EWG hat in Artikel 3 die besonderen Kriterien festgesetzt, die bei der Berechnung der Erstattungen für Getreide zu berücksichtigen sind.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 6. Juni 1968

Für Mehle, Grob- und Feingrieß aus Weizen und Roggen sind diese besonderen Kriterien in Artikel 4 der Verordnung Nr. 139/67/EWG definiert. Außerdem muß die auf diese Erzeugnisse anwendbare Erstattung unter Berücksichtigung der zur Herstellung der betreffenden Erzeugnisse notwendigen Getreidemenge berechnet werden. Diese Mengen sind in der Verordnung Nr. 162/67/EWG⁽³⁾ festgesetzt worden.

Die Lage auf dem Weltmarkt oder die besonderen Erfordernisse bestimmter Märkte können die Unterteilung der Erstattung für gewisse Erzeugnisse gemäß ihrer Bestimmung notwendig machen.

Die Erstattung muß einmal wöchentlich festgesetzt werden ; sie kann innerhalb dieses Zeitraums abgeändert werden.

Die Anwendung dieser Regeln und Kriterien auf die gegenwärtige Lage der Getreidemärkte und insbesondere auf die Notierungen oder Preise dieser Erzeugnisse in der Gemeinschaft und auf dem Weltmarkt führt zu einer Festsetzung der Erstattung in Höhe der im Anhang genannten Beträge.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Getreide —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

(1) Die Erstattungen bei der Ausfuhr der in Artikel 1 Buchstaben a), b) und c) der Verordnung Nr. 120/67/EWG genannten Erzeugnisse im ursprünglichen Zustand werden in der beigefügten Tabelle festgesetzt.

(2) Für die im vorgenannten Absatz genannten und nicht im Anhang aufgeführten Erzeugnisse wird eine Erstattung nicht festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 7. Juni 1968 in Kraft.

*Für die Kommission**Der Vizepräsident*

L. LEVI SANDRI

⁽¹⁾ ABl. Nr. 117 vom 19. 6. 1967, S. 2269/67.⁽²⁾ ABl. Nr. 125 vom 26. 6. 1967, S. 2453/67.⁽³⁾ ABl. Nr. 128 vom 27. 6. 1967, S. 2574/67.

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 6. Juni 1968 zur Festsetzung der für Getreide, gewisse Kategorien von Mehl, Grob- und Feingriß von Weizen oder Roggen anzuwendenden Erstattungen

		(RE / Tonne)
Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung	Betrag der Erstattungen
ex 10.01	Weichweizen ⁽¹⁾ und Mengkorn :	
	— für Exporte nach dem Vereinigten Königreich	51,45
	— für Exporte nach Österreich, Liechtenstein und der Schweiz	52,50
	— für Exporte nach den anderen Drittländern	55,00
ex 10.01	Hartweizen	57,50
10.02	Roggen ⁽¹⁾	36,50
10.03	Gerste :	
	— für Exporte nach den Ländern der :	
	— Zone III b)	42,00
	— Zone IV c)	42,00
	— Zone V c)	43,50
	— für Exporte nach den anderen Drittländern	40,00
10.04	Hafer	26,00
10.05 B	Anderer Mais :	
	— für Exporte nach Österreich, Liechtenstein und der Schweiz	37,75
	— für Exporte nach den anderen Drittländern	39,00
ex 10.07 B	Hirse aller Art (Millet)	23,75
	Sorghum und Dari	35,25
ex 11.01 A ex 11.01 B	Mehl von Weizen, Spelz oder Mengkorn :	
	— mit einem Aschegehalt von 0 bis 520 :	
	— für Exporte nach den Ländern der :	
	— Zone IV a) und c)	89,90
	— Zone IV b)	92,00
	— Zone III	89,90
	— Zone II	86,30
	— Zone I	86,30
	— für Exporte nach den anderen Drittländern	83,30
	— mit einem Aschegehalt von 521 bis 600 :	
	— für Exporte nach den Ländern der :	
	— Zone IV	80,35
	— Zone III a)	80,35
	— Zone III b)	78,35
	— Zone II	78,35
	— Zone I	75,35
	— für Exporte nach den anderen Drittländern	73,35
	— mit einem Aschegehalt von 601 bis 900	69,35

⁽¹⁾ Als Weichweizen und Roggen bezeichnet man Getreide, das keiner Denaturierung, wie sie Artikel 7 Absatz 3 der Verordnung Nr. 120/67/EWG vorsieht, unterzogen wurde.

NB: Diese Zonen sind in der Verordnung Nr. 694/67/EWG (ABl. Nr. 245 vom 11. 10. 1967) bestimmt.

Der Betrag, um den die Erstattungen gegebenenfalls gemäß Artikel 1 der Verordnung Nr. 587/67/EWG zu erhöhen sind, ist 2 Rechnungseinheiten pro Tonne.

		(RE / Tonne)
Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung	Betrag der Erstattungen
ex 11.01 C	— mit einem Aschegehalt von 901 bis 1100 :	
	— für Exporte nach den Ländern der :	
	— Zone IV a)	79,65
	— Zone III a)	77,35
	— für Exporte nach den anderen Drittländern	65,35
	— mit einem Aschegehalt von 1101 bis 1650	60,35
	— mit einem Aschegehalt von 1651 bis 1900	57,65
	Mehl von Roggen :	
	— mit einem Aschegehalt von 0 bis 700	42,60
	— mit einem Aschegehalt von 701 bis 850	39,60
— mit einem Aschegehalt von 851 bis 1150	36,60	
— mit einem Aschegehalt von 1151 bis 1400	33,60	
— mit einem Aschegehalt von 1401 bis 1600	30,60	
— mit einem Aschegehalt von 1601 bis 1800	27,60	
— mit einem Aschegehalt von 1801 bis 2000	24,60	
ex 11.02 A I	Grob- und Feingrieß von Hartweizen :	
	— für Exporte nach den Ländern der Zone IV b)	88,65
	— für Exporte nach den anderen Drittländern	84,65
ex 11.02 A I	Grob- und Feingrieß von Weichweizen :	
	— für Exporte nach den Ländern der :	
	— Zone IV b)	88,00
	— Zone I	84,85
	— für Exporte nach den anderen Drittländern	81,65

VERORDNUNG (EWG) Nr. 697/68 DER KOMMISSION

vom 6. Juni 1968

zur Festsetzung der Abschöpfungen für Reis und Bruchreis

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung Nr. 359/67/EWG des Rates vom 25. Juli 1967 über die gemeinsame Marktorganisation für Reis ⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 11 Absatz 5, und

in Erwägung nachstehender Gründe :

Artikel 11 der Verordnung Nr. 359/67/EWG setzt fest, daß eine Abschöpfung bei der Einfuhr von Paddy-Reis, geschältem, halb- bis ganzgeschliffenem Reis oder Bruchreis erhoben werden muß, daß für geschälten Reis oder Weißreis und für Bruchreis diese Abschöpfung gleich dem Unterschied zwischen dem Schwellenpreis und dem cif-Preis ist und daß für Paddy-Reis, langkörnigen Weißreis und halbgeschliffenen Reis die Abschöpfung abgeleitet wird von der Abschöpfung, die auf geschälten Reis, rundkörnigen Weißreis und den entsprechenden Weißreis anwendbar ist.

Die Schwellenpreise für geschälten Reis, Weißreis und Bruchreis sind für das Wirtschaftsjahr 1967/1968 durch die Verordnungen Nr. 363/67/EWG ⁽²⁾ und Nr. 468/67/EWG ⁽³⁾ festgesetzt worden.

Um für diese drei Warenarten die cif-Preise für die Bestimmung der Abschöpfungen zu berechnen, muß die Kommission die in Artikel 16 der Verordnung Nr. 359/67/EWG und die durch die Verordnung Nr. 469/67/EWG ⁽⁴⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 408/68 ⁽⁵⁾, vorgesehenen Beurteilungselemente, insbesondere die günstigsten Einkaufsmöglichkeiten auf dem Weltmarkt, berücksichtigen, die für die wirkliche Entwicklung dieses Marktes genügend repräsentativ sind, unter Berücksichtigung insbesondere der Notwendigkeit, plötzliche Veränderungen zu vermeiden, die anomale Störungen auf dem Markt der Gemeinschaft verursachen können ; sie muß ferner die Qualität der angebotenen Ware berücksichtigen, sei es, daß diese Qualität der in der Verordnung Nr. 362/67/EWG ⁽⁶⁾ festgesetzten Standardqualitäten entspricht, sei es, daß Berichtigungen in Anwendung der in der Verordnung Nr. 469/67/EWG genannten Berichtigungsbeträge vorgenommen werden müssen.

Nach Artikel 16 Absatz 2 der Verordnung Nr. 359/67/EWG muß die Kommission zur Berechnung des

cif-Preises für geschälten Reis gegebenenfalls den Kursen oder Preisen von Paddy-Reis auf dem Weltmarkt Rechnung tragen durch Umrechnung mittels der in der Verordnung Nr. 467/67/EWG ⁽⁷⁾ festgesetzten Umrechnungsfaktoren. Zur Berechnung des cif-Preises für Weißreis muß die Kommission nach Absatz 3 des gleichen Artikels gegebenenfalls den günstigsten Einkaufsmöglichkeiten für halbgeschliffenen Reis auf dem Weltmarkt Rechnung tragen durch Umrechnung mittels der in der Verordnung Nr. 469/67/EWG festgesetzten Umrechnungsfaktoren.

Bei den oben angeführten Umrechnungen muß die Kommission berücksichtigen, daß gewisse Angebote von Reis einen höheren Prozentsatz an Bruch enthalten als der in der Verordnung Nr. 362/67/EWG zugelassene Prozentsatz. In diesem Fall werden die Angebote gemäß dem in der Verordnung Nr. 467/67/EWG festgesetzten Wert je Kilogramm Bruch berichtigt.

Nach der geänderten Verordnung Nr. 469/67/EWG muß die Kommission bei der Angleichung an die Standardqualität berücksichtigen, daß gewisse Angebote in „cost and freight“ ausgedrückt werden oder gesackte Ware betreffen. In diesem Fall werden die Angebote durch Anwendung der in der vorgenannten Verordnung angegebenen Umrechnungssätze oder -beträge berichtigt, damit das Angebot mit einem in cif ausgedrückten Produkt oder unverpackter Ware vergleichbar ist.

Der cif-Preis wird mittels der vorstehend genannten Elemente für Rotterdam berechnet, wobei die für andere Häfen abgegebenen Angebote unter Berücksichtigung der notwendigen Korrekturen der Frachtkostenunterschiede gegenüber Rotterdam zu berücksichtigen sind.

Um den Interessen der assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskars und der überseeischen Länder und Gebiete Rechnung zu tragen, muß nach Verordnung Nr. 404/67/EWG ⁽⁸⁾ die Abschöpfung gegenüber diesen Staaten für geschälten Reis und Bruchreis um einen bestimmten Betrag vermindert werden, ausgehend von dem für Paddy-Reis, halb- und vollständig geschliffenen Reis anzuwendenden Betrag, berichtigt gemäß Verordnung Nr. 467/67/EWG. Außerdem wird bei den beiden zuletzt genannten Verarbeitungsstufen die Abschöpfung um einen zusätzlichen Betrag vermindert.

⁽¹⁾ ABl. Nr. 174 vom 31. 7. 1967, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. 174 vom 31. 7. 1967, S. 29.

⁽³⁾ ABl. Nr. 204 vom 24. 8. 1967, S. 4.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. 204 vom 24. 8. 1967, S. 5.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 83 vom 5. 4. 1968, S. 17.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. 174 vom 31. 7. 1967, S. 27

⁽⁷⁾ ABl. Nr. 204 vom 24. 8. 1967, S. 1.

⁽⁸⁾ ABl. Nr. 183 vom 5. 8. 1967, S. 1.

Aus der Anwendung der Gesamtheit der vorgenannten Bestimmungen folgt, daß die am 7. Juni 1968 anzuwendenden Abschöpfungen so festgesetzt werden müssen, wie sie in der Tabelle im Anhang zu dieser Verordnung aufgeführt sind. Für geschälten Reis, vollständig geschliffenen rundkörnigen Reis und Bruchreis werden diese Abschöpfungen jedoch nur dann geändert, wenn die Schwankungen der Berechnungsfaktoren eine Erhöhung oder Verminderung des geltenden Betrages von mindestens 0,10 Rechnungseinheiten je 100 Kilogramm nach sich ziehen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die Abschöpfungen, die bei der Einfuhr der in Artikel 1 Absatz 1 Buchstaben a) und b) der Verordnung Nr. 359/67/EWG genannten Erzeugnisse zu erheben sind, werden in der Tabelle im Anhang festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 7. Juni 1968 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 6. Juni 1968

Für die Kommission

Der Vizepräsident

L. LEVI SANDRI

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 6. Juni 1968 zur Festsetzung der Abschöpfungen für Reis und Bruchreis

(RE / 100 kg)

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung	Drittländer	AASM/ ÜLG
10.06	Reis :		
	A. in der Strohülle oder als nur enthülste Körner :		
	(I) Reis in der Strohülle	2,410	1,810
	(II) Reis als nur enthülste Körner	3,012	2,262
	B. geschliffen, auch poliert oder glasiert :		
	(I) wenn bei mindestens 90 v. H. der Körner die Länge 5,2 mm oder weniger und das Verhältnis der Länge zur Breite weniger als 2 betragen :		
	(a) Reis, halb geschliffen	5,827	4,368
	(b) Reis, ganz geschliffen	6,206	4,688
	(II) anderer :		
	(a) Reis, halb geschliffen	6,502	4,938
	(b) Reis, ganz geschliffen	6,970	5,333
	C. Bruchreis	0	0

VERORDNUNG (EWG) Nr. 698/68 DER KOMMISSION

vom 6. Juni 1968

zur Festsetzung der Erstattungen bei der Ausfuhr für Reis und Bruchreis

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung Nr. 359/67/EWG des Rates vom 25. Juli 1967 über die gemeinsame Marktorganisation für Reis ⁽¹⁾ und insbesondere auf Artikel 17 Absatz 2 vierter Unterabsatz erster Satz und in Erwägung nachstehender Gründe :

Artikel 17 der Verordnung Nr. 359/67/EWG bestimmt, daß der Unterschied zwischen den Notierungen oder den Preisen auf dem Weltmarkt für die in Artikel 1 dieser Verordnung genannten Erzeugnisse und den Preisen für diese Erzeugnisse in der Gemeinschaft durch eine Erstattung bei der Ausfuhr ausgeglichen werden kann.

Gemäß Artikel 2 der Verordnung Nr. 366/67/EWG des Rates vom 25. Juli 1967 über die Grundregeln für die Gewährung von Erstattungen bei der Ausfuhr von Reis und über die Kriterien für die Festsetzung der Erstattungsbeträge ⁽²⁾ müssen die Erstattungen festgesetzt werden unter Berücksichtigung der Lage und der voraussichtlichen Entwicklung der Verfügbarkeit von Reis und Bruchreis und deren Preise in der Gemeinschaft einerseits und der Preise für Reis und Bruchreis auf dem Weltmarkt andererseits. Nach dem gleichen Text ist es ebenfalls wichtig, auf den Reismärkten eine ausgeglichene Lage und eine natürliche Entwicklung hinsichtlich der Preise und der Handelsströme sicherzustellen ; ferner ist es wichtig, dem wirtschaftlichen Gesichtspunkt der künftigen Ausfuhren sowie dem Interesse an der Vermeidung von Marktstörungen in der Gemeinschaft Rechnung zu tragen.

Die Verordnung Nr. 669/67/EWG ⁽³⁾ hat für das Reiswirtschaftsjahr 1967/1968 die Höchstmenge Bruchreis festgelegt, die der Reis enthalten darf, für den die Erstattung bei der Ausfuhr festgesetzt wird, und hat den Prozentsatz der Verminderung bestimmt,

der auf die Erstattung angewandt wird, wenn der im ausgeführten Reis enthaltene Anteil Bruchreis diese Höchstmenge übersteigt.

Die Verordnung Nr. 366/67/EWG hat in Artikel 3 die besonderen Kriterien festgesetzt, die bei der Berechnung der Erstattungen bei der Ausfuhr von Reis und Bruchreis zu berücksichtigen sind.

Die Lage auf dem Weltmarkt oder die besonderen Erfordernisse bestimmter Märkte können die Unterteilung der Erstattung für gewisse Erzeugnisse gemäß ihrer Bestimmung notwendig machen.

Die Erstattung muß einmal wöchentlich festgesetzt werden ; sie kann innerhalb dieses Zeitraums abgeändert werden.

Die Anwendung dieser Regeln und Kriterien auf die gegenwärtige Lage des Reismarktes und insbesondere auf die Notierungen oder Preise von Reis und Bruchreis in der Gemeinschaft und auf dem Weltmarkt führt zu einer Festsetzung der Erstattung in Höhe der im Anhang genannten Beträge.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Getreide —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN ·

Artikel 1

(1) Die Erstattungen bei der Ausfuhr der in Artikel 1 ausgenommen die in Absatz 1 unter c) der Verordnung Nr. 359/67/EWG genannten Erzeugnisse im ursprünglichen Zustand werden im Anhang zu dieser Verordnung festgesetzt.

(2) Für die im vorgenannten Absatz genannten und nicht im Anhang aufgeführten Erzeugnisse wird eine Erstattung nicht festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 7. Juni 1968 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 6. Juni 1968

Für die Kommission

Der Vizepräsident

L. LEVI SANDRI

⁽¹⁾ ABl. Nr. 174 vom 31. 7. 1967, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. 174 vom 31. 7. 1967, S. 34.

⁽³⁾ ABl. Nr. 241 vom 5. 10. 1967, S. 6.

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 6. Juni 1968 zur Festsetzung der Erstattungen
bei der Ausfuhr für Reis und Bruchreis

(RE / 100 kg)

Nummer des Gemeinsamen Zolltarifs	Warenbezeichnung	Betrag der Erstattungen
10.06	<p>Reis :</p> <p>A. in der Strohülle oder als nur enthülste Körner :</p> <p>(I)</p> <p>(II) Reis als nur enthülste Körner :</p> <p>(a) wenn bei mindestens 90 v. H. der Körner die Länge 5,2 mm oder weniger und das Verhältnis der Länge zur Breite weniger als 2 betragen</p> <p>(b) anderer :</p> <p>— für Ausfuhren nach Österreich, Liechtenstein, der Schweiz, Jugoslawien, der Tschechoslowakei und Ungarn</p> <p>— für Ausfuhren nach den anderen Drittländern</p> <p>B. geschliffen, auch poliert oder glasiert :</p> <p>(I) wenn bei mindestens 90 v. H. der Körner die Länge 5,2 mm oder weniger und das Verhältnis der Länge zur Breite weniger als 2 betragen :</p> <p>(a) Reis, halb geschliffen :</p> <p>— für Ausfuhren nach Österreich, Liechtenstein, der Schweiz, Jugoslawien, der Tschechoslowakei und Ungarn</p> <p>— für Ausfuhren nach den anderen Drittländern</p> <p>(b) Reis, ganz geschliffen :</p> <p>— für Ausfuhren nach Österreich, Liechtenstein, der Schweiz, Jugoslawien, der Tschechoslowakei und Ungarn</p> <p>— für Ausfuhren nach den anderen Drittländern</p> <p>(II) anderer :</p> <p>(a) Reis, halb geschliffen :</p> <p>— für Ausfuhren nach Liechtenstein und der Schweiz</p> <p>— für Ausfuhren nach den anderen Drittländern</p> <p>(b) Reis, ganz geschliffen :</p> <p>— für Ausfuhren nach Liechtenstein und der Schweiz</p> <p>— für Ausfuhren nach den anderen Drittländern</p>	<p>1,90</p> <p>1,42</p> <p>2,20</p> <p>2,35</p> <p>3,91</p> <p>2,50</p> <p>4,16</p> <p>1,92</p> <p>4,83</p> <p>2,06</p> <p>5,18</p>

Der Betrag, um den die Erstattungen gegebenenfalls gemäß Artikel 1 der Verordnung Nr. 719/67/ EWG zu erhöhen sind, ist 0,20 Rechnungseinheiten pro 100 Kilogramm.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 699/68 DER KOMMISSION

vom 6. Juni 1968

zur Ergänzung, hinsichtlich Österreichs, der Verordnung Nr. 887/67/EWG zur Aufstellung einer Liste derjenigen Stellen, die Bescheinigungen ausstellen dürfen, durch die bestimmte Milcherzeugnisse mit Herkunft aus dritten Ländern zu bestimmten Tarifnummern zugelassen werden

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung Nr. 13/64/EWG des Rates vom 5. Februar 1964 über die schrittweise Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse ⁽¹⁾,

gestützt auf die Verordnung Nr. 111/64/EWG des Rates vom 30. Juli 1964 über die Gruppenbildung auf dem Gebiet der Milch und Milcherzeugnisse ⁽²⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 437/68 ⁽³⁾,

gestützt auf die Verordnung Nr. 747/67/EWG der Kommission vom 24. Oktober 1967 zur Festlegung der Voraussetzungen für die Zulassung bestimmter Milcherzeugnisse zu bestimmten Tarifnummern ⁽⁴⁾, insbesondere auf Artikel 4 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Nach den Bestimmungen der Verordnung Nr. 747/67/EWG hängt die Zulassung von Erzeugnissen aus dritten Ländern zu den in Anhang II der Verordnung Nr. 111/64/EWG aufgeführten Tarifnummern 04.02 B I a), 04.04 A und 04.04 F I von der Vorlage einer Bescheinigung ab, die ordnungsgemäß mit dem Sichtvermerk einer Stelle versehen ist, die auf einer zu erstellenden Liste aufgeführt ist.

Die Liste dieser Stellen wurde durch die Verordnung Nr. 887/67/EWG der Kommission vom 22. Novem-

ber 1967 ⁽⁵⁾ aufgestellt und zuletzt durch die Verordnung (EWG) Nr. 554/68 ⁽⁶⁾ ergänzt.

Eine Stelle kann nur in diese Liste aufgenommen werden, wenn sie die in Artikel 5 der Verordnung Nr. 747/67/EWG genannten Voraussetzungen erfüllt.

Im Anschluß an die Verhandlungen mit Österreich über Emmentaler und Greyerzer in Standardlaiben und in vakuumverpackten Stücken hat Österreich als erteilende Stelle der Bescheinigungen für diese Erzeugnisse den Milchwirtschaftsfonds und die Österreichische Hartkäse-Export-Gesellschaft mbH anerkannt, wenn sie einvernehmlich handeln.

Der Milchwirtschaftsfonds und die Österreichische Hartkäse-Export-Gesellschaft mbH haben sich verpflichtet, die in Artikel 5 Absatz 1 Buchstaben b) und c) der Verordnung Nr. 747/67/EWG festgelegten Voraussetzungen zu erfüllen, soweit es sich um ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereich handelt. Darüber hinaus hat sich der Milchwirtschaftsfonds verpflichtet, die in Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe d) der genannten Verordnung festgelegten Voraussetzungen zu erfüllen.

Es ist daher angezeigt, die im Anhang der Verordnung Nr. 887/67/EWG aufgeführte Liste zu ergänzen.

Die in dieser Verordnung festgelegten Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Milch und Milcherzeugnisse —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Mit Wirkung vom 3. Juni 1968 wird der Anhang der Verordnung Nr. 887/67/EWG durch folgende Angaben ergänzt :

Erteilende Stelle	Erzeugnis	mit Herkunft aus
1	2	3
Milchwirtschaftsfonds und Österreichische Hartkäse-Export-Gesellschaft mbH, einvernehmlich handelnd	Emmentaler und Greyerzer Käse	Österreich

⁽¹⁾ ABl. Nr. 34 vom 27. 2. 1964, S. 549/64.

⁽²⁾ ABl. Nr. 130 vom 12. 8. 1964, S. 2174/64.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 90 vom 11. 4. 1968, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. 259 vom 26. 10. 1967, S. 2.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. 285 vom 23. 11. 1967, S. 8.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 105 vom 4. 5. 1968, S. 7.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 6. Juni 1968

Für die Kommission

Der Präsident

Jean REY

II

(Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

KOMMISSION

ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

vom 28. Mai 1968

zur Festsetzung der Höchstbeträge der Erstattung für bestimmte Milcherzeugnisse, die in Form von nicht unter Anhang II des Vertrages fallenden Waren nach dritten Ländern ausgeführt werden

(68/237/EWG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung Nr. 13/64/EWG des Rates vom 5. Februar 1964 über die schrittweise Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse⁽¹⁾, geändert durch die Verordnung Nr. 1020/67/EWG⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 14 Absatz 4,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Nach Artikel 14 Absatz 2 der Verordnung Nr. 13/64/EWG kann, um die Ausfuhr von Milcherzeugnissen nach dritten Ländern zu ermöglichen, der Unterschiedsbetrag zwischen den Preisen im ausführenden Mitgliedstaat und den Preisen im internationalen Handel erstattet werden. Die Verordnung Nr. 217/67/EWG des Rates vom 27. Juni 1967 zur Festsetzung der Bedingungen für die Gewährung von Erstattungen bei der Ausfuhr bestimmter landwirtschaftlicher Erzeugnisse in Form von nicht unter Anhang II des Vertrages fallenden Waren nach dritten Ländern⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung Nr. 620/67/EWG⁽⁴⁾, hat die Grunderzeugnisse bestimmt, für welche bei der Ausfuhr in Form von im Anhang der Verordnung Nr. 13/64/EWG aufgeführten Waren eine Erstattung gewährt werden kann. Nach Artikel 3 Absatz 1 und Absatz 2 der Verordnung Nr. 217/67/EWG wird der Höchstbetrag dieser Erstattung

jeden Monat festgesetzt unter Berücksichtigung der auf dem Markt der Gemeinschaft geltenden Preise einerseits und der Weltmarktpreise andererseits.

Die Marktlage der in Form von nicht unter Anhang II des Vertrages fallenden Waren ausgeführten Milcherzeugnisse ist in der Regel die gleiche wie diejenige der in unverarbeitetem Zustand ausgeführten Erzeugnisse. Es ist daher angezeigt, als Höchstbetrag der Erstattung für die in Artikel 1 der Verordnung Nr. 217/67/EWG aufgeführten Grunderzeugnisse der Verordnung Nr. 13/64/EWG, die in Form der obengenannten Waren ausgeführt werden, die gemäß den Bestimmungen der Verordnung Nr. 56/66/EWG der Kommission vom 23. Mai 1966 zur Errechnung der Höchstbeträge der Erstattung bei der Ausfuhr von Milcherzeugnissen nach dritten Ländern und zur Aufhebung der Verordnungen Nrn. 41/65/EWG und 42/65/EWG⁽⁵⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung Nr. 682/67/EWG⁽⁶⁾, für die Zone I ermittelten Höchstbeträge vorzusehen.

Die in dieser Entscheidung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Milch und Milcherzeugnisse —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Der Höchstbetrag der Erstattung für die in Artikel 1 der Verordnung Nr. 217/67/EWG genannten

⁽¹⁾ ABl. Nr. 34 vom 27. 2. 1964, S. 549/64.

⁽²⁾ ABl. Nr. 311 vom 21. 12. 1967, S. 14.

⁽³⁾ ABl. Nr. 135 vom 30. 6. 1967, S. 2895/67.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. 234 vom 28. 9. 1967, S. 3.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. 92 vom 23. 5. 1966, S. 1422/66.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. 243 vom 7. 10. 1967, S. 13.

Gründerzeugnisse der Verordnung Nr. 13/64/EWG, die in Form der im Anhang der Verordnung Nr. 13/64/EWG, geändert durch die Verordnung Nr. 1020/67/EWG, aufgeführten Erzeugnisse nach dritten Ländern ausgeführt werden, ist ab 1. Juni 1968 gleich dem Höchstbetrag der Erstattung, der am 1. Juni 1968 auf die gleichen Erzeugnisse bei der Ausfuhr in unverarbeitetem Zustand nach der im Anhang der Verordnung Nr. 56/66/EWG bestimmten Zone I angewandt wird.

Artikel 2

Diese Entscheidung ist an alle Mitgliedstaaten gerichtet.

Brüssel, den 28. Mai 1968

Für die Kommission

Der Präsident

Jean REY